

Die jüdischen Displaced Persons als erste Projektionsziele des österreichischen Nachkriegsantisemitismus

von
Thomas Albrich

In den Jahren zwischen 1938 und 1950 war die österreichische Bevölkerung mit einer bis dato noch nie gesehenen Zahl von "Fremden" konfrontiert. Damals wie heute erfolgte die Wahrnehmung von "Fremden" nach einem unterschwelligem "Freund-Feind-Verhältnis", geprägt von einem Raster aus Stereotypen und Vorurteilen. Wie sich zeigte, war das Bild von "Fremden" in der einheimischen Bevölkerung nach Kriegsende spürbar von der NS-Propaganda geprägt, hatten traditionelle Vorurteile, Ängste und Stereotypen das Ende des NS-Regimes überdauert. Ohnedies waren auch in Österreich Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keine Produkte der NS-Herrschaft, sondern hatten eine bis weit ins 19. Jahrhundert zurückgehende Tradition.

Der Holocaust hatte den Antisemitismus nicht beseitigt: Gerade in Osteuropa – im Baltikum, in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien oder Jugoslawien – wurden die jüdischen Überlebenden bei der Rückkehr aus den NS-Lagern, aus ihren Verstecken oder aus ihren Fluchtländern von einem ungebrochenen und teils gewalttätigen Antisemitismus empfangen. In Polen wurden nach der Befreiung bis 1947 Hunderte Juden ermordet, auch in der Slowakei und Ungarn kam es 1946/47 zu Pogromen. Die Gefahr für Leib und Leben, die materielle Not und die sich langsam abzeichnende kommunistische Machtübernahme bewogen bis 1948 eine Viertelmillion Überlebende des Holocaust, sich aus Osteuropa "illegal" auf den Weg nach Westen zu machen, um ins damalige Palästina oder in die USA zu gelangen. Das "Tor zur Freiheit" waren paradoxerweise die westlichen Besatzungszonen in Deutschland und Österreich; für viele war dies eine Flucht ins Land der Mörder. Dem entsprechend war auch das Verhältnis der jüdischen DPs zur österreichischen und deutschen Bevölkerung von Ablehnung und Misstrauen gekennzeichnet. Umgekehrt gab es in Österreich 1945 keine "Stunde Null" des Antisemitismus.

Aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Deutschland und Italien sowie der deklarierten Asylpolitik der US-Besatzungsmacht war Österreich bis Anfang der fünfziger Jahre das wichtigste Transitland dieses jüdischen Exodus, der größten "illegal" organisierten Fluchtbewegung der Nachkriegszeit. Schon im Sommer 1945 begann die Migration aus Osteuropa, hauptsächlich aus Polen, Richtung Westen ins besetzte Österreich bzw. nach Deutschland. Hier trafen die Flüchtlinge auf eine von den Alliierten und jüdischen Hilfsorganisationen betreute, gut funktionierende Infrastruktur: ein Netz selbst verwalteter jüdischer DP-Lager, die von den aus dem KZ Mauthausen und seinen Nebenlagern befreiten Juden aufgebaut worden waren, und die seit Herbst 1945 der geheimen Fluchthilfeorganisation "Bricha" als Stützpunkte dienten. Drei Jahre lang – bis Anfang 1949 – schleuste die "Bricha" jüdische Überlebende aus Osteuropa kostenlos über Staats- und Zonengrenzen Richtung Palästina.

Erste Reaktionen auf die ostjüdischen Überlebenden

Innerhalb der großen Zahl der DPs aller Nationalitäten nahmen die osteuropäischen Überlebenden des Holocaust, die entweder im Mai 1945 in Österreich befreit worden waren oder ab dem Herbst 1945 in wachsender Zahl als Flüchtlinge in Österreich auftauchten, in mehrfacher Hinsicht eine

Sonderstellung ein. Das negative Verhältnis der österreichischen Bevölkerung zu den jüdischen DPs muss zuerst einmal vor dem Hintergrund der Anwesenheit einer halben Million Fremder, der komplexen österreichischen Befindlichkeit und der Not der Nachkriegszeit analysiert werden, doch sind im Falle der jüdischen DPs noch weitere Faktoren zu berücksichtigen: Gegen sie richtete sich nicht nur die allgemein herrschende Fremdenfeindlichkeit, sondern sie bildeten als Juden eine lebende Erinnerung an das größte Verbrechen des NS-Regimes. Angesichts der Verstrickung vieler Österreicher in den Holocaust stellten die jüdischen DPs nicht zuletzt auch eine Gefahr für die Etablierung und Aufrechterhaltung der "Opferthese" der Zweiten Republik dar.

Unmittelbar nach der Befreiung im Mai 1945 spielten diese Überlegungen öffentlich noch keine Rolle. In der einheimischen Bevölkerung überwog gegenüber den befreiten jüdischen KZ-Häftlingen, von denen viele die ersten Wochen der Freiheit nicht überlebten, anfangs noch Mitleid und Hilfsbereitschaft. Die ersten Konflikte entstanden eher unerwartet zwischen Befreiern und Befreiten. Bei den amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden manifestierte sich schon im Sommer und Herbst 1945 ein gehöriges Maß an Rassismus und Antisemitismus. Sogar jüdische Soldaten der "Jewish Brigade" und Abgesandte der "Jewish Agency" aus Palästina brachten den Überlebenden anfangs nicht das nötige Verständnis entgegen, entsprachen doch die befreiten KZ-Häftlinge so gar nicht dem zionistischen Ideal des selbstbewussten und kämpferischen "neuen Juden". In einem Bericht eines Soldaten hieß es sogar, sollten 5.000 dieser Überlebenden nach Palästina gebracht werden, würde sich das ganze Land in ein Irrenhaus verwandeln. Wer nicht selbst erlebt hatte, was diese Menschen durchgemacht hatten, dem fehlte jeglicher Zugang zu ihrem oft irrationalen Verhalten und dem unberechenbaren Wechsel zwischen Apathie und Aggression. Unabhängig davon bemühten sich die Befreier im Rahmen ihrer Möglichkeiten, den anfänglich rund 30.000 jüdischen DPs in Österreich Hilfe zukommen zu lassen, und insbesondere jüdische Soldaten der alliierten Armeen waren bemüht, deren Los zu verbessern und sogar privat Hilfe aus den USA und England zu organisieren.

In den Augen der Besatzungsbehörden entwickelten sich die jüdischen DPs zunehmend zu Störfaktoren eines geregelten Verwaltungsablaufs, da sie sich nicht in das Schema einpassen wollten, das vom Militär für die Lösung des DP-Problems vorgesehen war: sie beschwerten sich laufend, waren aus Sicht der Armee undiszipliniert und bestanden darauf, als eigene Nationalität anerkannt und in separaten Lagern mit einer besonderen Betreuung untergebracht zu werden. Dagegen wehrten sich vor allem die Briten, die vor dem Hintergrund ihres Mandats in Palästina zu Recht befürchteten, dass der Anerkennung der Juden als Nationalität unweigerlich die Forderung nach einem eigenen Staat folgen würde.

Fremdenfeindlichkeit und keine "Stunde Null" des Antisemitismus

Nur während einer kurzen "Schockphase" unmittelbar nach Kriegsende zeigte sich in der Bevölkerung stärkeres Mitleid mit den überlebenden Juden, das jedoch rascher verflog, als zu erwarten war. Spätestens seit Herbst 1945 waren die jüdischen DPs und Flüchtlinge als "Projektionsziele" mit zunehmender Ablehnung und einer immer offener hervortretenden antisemitischen Haltung der Bevölkerung konfrontiert. Weder das Wissen um noch die österreichische Verstrickung in den Holocaust vermochten die antijüdischen Vorurteile in Österreich nach 1945 zum Verschwinden zu bringen. Antisemitismus war nach Kriegsende zwar als Teil einer politischen Ideologie diskreditiert, seine Feindbilder blieben aber jederzeit abrufbereit. Noch im Juni 1946 wurde der Film

"Todesmühlen", der sich mit den Gräueln in den Konzentrationslagern befasste, als reine alliierte Propaganda abgetan und einzelne Sequenzen sogar mit "Sieg Heil"-Rufen quittiert.

Die Österreicher fühlten sich zunehmend selbst als Opfer, nicht zuletzt ein "Erfolg" der seit der Moskauer Deklaration verfolgten propagandistischen Linie der Alliierten, Österreich als erstes Opfer Hitlers zu bezeichnen. Die zunehmend schlechter werdende Versorgungslage im Frühjahr 1946 verstärkte die Fremdenfeindlichkeit, die, in Verbindung mit dem latent vorhandenen Antisemitismus, unter der halben Million DPs in Österreich die kleine Gruppe der jüdischen DPs zum Projektionsziel ihrer Aversionen machte. Die jüdischen DPs boten sich in mehrfacher Hinsicht für die neue "Sündenbockrolle" geradezu an: Sie genossen in den Augen der Bevölkerung "Privilegien" – bessere Rationen und Befreiung von der Arbeitspflicht –, sie waren Ausländer und gleichzeitig Juden! Sie wurden, unter Anwendung des den Nazi-Faschismus nahezu ungebrochen überlebenden traditionellen antisemitischen Stereotypenreservoirs, zum negativen Paradebeispiel, zum Symbol des "DP" schlechthin, hochstilisiert. Somit verbanden sich Neid, Fremdenfeindlichkeit und latent vorhandener Antisemitismus zu einem ganzen Bündel von Vorurteilen. Dieser am deutlichsten in Erscheinung tretenden Gruppe der Überlebenden – als solche eine dauernde Erinnerung an die Nazi-Verbrechen – wurde nahe gelegt, Österreich so schnell wie möglich zu verlassen.

Wie bei anderen Flüchtlingen pflegte man auch bei den Juden das Verhalten einiger Weniger auf die ganze Gruppe zu übertragen. So diente z.B. der Schwarzhandel polnischer Juden als Erklärung und Legitimation für das Wiedererwachen des Antisemitismus in großen Teilen der Bevölkerung. Das alte antijüdische Klischee vom "jüdischen Schieber" lebte wieder auf. Obwohl Schwarzmarkt und Schleichhandel zum österreichischen Nachkriegsalltag gehörten und sich hier alle betätigten, waren es aber in der Wahrnehmung der Bevölkerung in erster Linie die Ausländer, und hier vor allem die jüdischen DPs, die sich als Schwarzmarkthändler betätigten.

Im Frühjahr 1946 kristallisierte sich österreichweit ein Standardkatalog von Klagen gegen die jüdischen DPs heraus, für den ein Brief der Gemeinde Gnadenwald in Tirol vom Juni 1946 exemplarisch stehen kann: Die DPs wären "eine Landplage", verhielten "sich sittenwidrig", "lebten ohne wirksame Aufsicht, Männer, Frauen und Mädchen untereinander", von ihnen gehe eine Seuchengefahr aus, weil sie sich nicht um die Reinigung ihrer Unterkünfte kümmerten und ihre Notdurft auf den umliegenden Wiesen verrichteten und begingen Eigentumsdelikte und Sachbeschädigungen. "Wollen sie etwas von den Einheimischen, so geschieht das in frechem, befehlendem Ton und wird ihnen das Gewünschte nicht ausgefolgt, so haben sie die Frechheit, selbst danach zu suchen. [...] Sie herrschen hier wie in Feindesland und stellt man sie zur Rede, so drohen sie mit den Franzosen." Die Bevölkerung wünschte, dass die jüdischen DPs in einem UNRRA-Lager untergebracht würden, "wenn sie schon nicht fähig sind, sich als Menschen in einem Gastland aufzuführen. Wir wollen noch betonen, dass wir bei einer anderen Führung dieser Leute, deren Schicksal in den letzten Jahren gewiss sehr schwer war, in bester Nachbarschaft mit ihnen gelebt hätten."

In diesem Brief kommt weniger eine antisemitische Einstellung der Ortsbewohner als vielmehr eine Missinterpretation der Lage zum Ausdruck: Die Österreicher waren nicht "Gastgeber" und Hausherrn, die jüdischen DPs auch nicht ihre "Gäste". Österreich war zu Recht im Bewusstsein der meisten jüdischen Überlebenden "Feindesland", aber dies widersprach der österreichischen Selbsteinschätzung als Hitlers "erstem Opfer". Es dauerte nur nicht überall gleich

lange, bis die allgemeine Ausländerfeindlichkeit in der Umgebung der jüdischen DP-Lager in offenen Antisemitismus umschlug, und umgekehrt, bis die jüdischen DPs jeden einen Antisemiten schimpften, der ihren Forderungen nicht nachkam. Nicht jede Auseinandersetzung zwischen jüdischen DPs und der österreichischen Bevölkerung darf als antisemitisch motivierte Handlung eingestuft werden, wenngleich die jüdischen DPs nicht nur jede tatsächliche oder als solche empfundene Feindseligkeit, sondern vielfach schon die Ablehnung ihrer Wünsche reflexartig als "Antisemitismus" bezeichneten. Die "Antisemitismuskeule" blieb allerdings sowohl gegenüber den alliierten Behörden als auch weit mehr noch gegenüber den Österreichern zumeist wirkungslos, da die Alliierten nur in Ausnahmefällen diesem Druck nachgaben und die geforderten Sanktionen gegen die Einheimischen setzten. Die teilweise tätlichen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen DPs, Einheimischen und der Polizei in Orten mit jüdischen DP-Lagern, wie in Wien, in der britischen und französischen Zone, aber auch in der Stadt Salzburg oder in Saalfelden in der US-Zone, hatten meist ganz konkrete materielle Ursachen. Allerdings kam es in Österreich sehr wohl zu eindeutig judenfeindlichen Aktionen. Die Schmierereien an der neu eröffneten Synagoge in Graz im Jänner 1946 und die Drohbriefe an die Israelitische Kultusgemeinde in Wien, dass der Tag kommen werde, an dem Hitlers unvollendete Arbeit erledigt werde, waren klare Äußerungen faschistischer, antisemitischer Elemente.

Wenngleich nach dem "polnischen Exodus" des Sommers 1946 über den Winter 1946/47 der Flüchtlingsstrom stark abnahm, änderte sich an der grundsätzlich negativen Einstellung der Österreicher gegenüber den jüdischen DPs nichts, wie eine Umfrage vom Frühsommer 1947 belegt: "DPs are not popular in Austria. Among them, the Jews are least liked, with the Poles following as a close second. [...] The Volksdeutsche refugees from Czechoslovakia, Hungary and the Balkans are best liked, though generally the opinion is that DPs eat Austrian food, contribute to criminality and black-marketing, and that they are a political liability because too many of them were Nazis and because neighboring states object to their presence in Austria."

Die Presse betonte immer wieder die jüdische Herkunft von „Schwarzhändlern“. Im Gegenzug wiesen DPs auf die Schwarzmarktaktivitäten der US-Besatzungssoldaten hin: "Sie haben nicht das Recht, nur unseren Schleichhandel zu sehen, denn amerikanische Soldaten sind auch am Schleichhandel beteiligt. Bei der Befreiung küssten die Amerikaner die aus den KZ Geretteten [...] aber heute haben die Amerikaner andere Objekte zum Küssen."

Die größte öffentliche Erregung rief im August 1947 eine von Kommunisten organisierte und gegen jüdische DPs gerichtete "Hungerdemonstration" in Bad Ischl hervor, bei der ursprünglich nur die Einhaltung der versprochenen Milchzuteilungen gefordert wurde. Die Demonstration artete in eine antisemitische und regierungsfeindliche Aktion aus. Vor einem Hotel, das als jüdisches DP-Lager benützt wurde, hielten die Anführer der Kundgebung unter Sprechchören wie "Hunger, Hunger", "Hinaus mit den Touristen", "Die Juden werden fett", "Schlagt die Juden tot, hängt die Saujuden auf!" antisemitische Reden. Die österreichische Polizei griff erst ein, als Scheiben des Hotels eingeschlagen wurden. Nicht der offene Antisemitismus der DemonstrantInnen, sondern die harten Gerichtsurteile der US-Besatzungsmacht gegen die Anführer der Demonstration erhitzten die Gemüter. Für Simon Wiesenthal, damals Mitglied des ZK der befreiten Juden, bewiesen diese Vorfälle, dass die Österreicher "für Antisemitismus immer noch empfänglich waren".

Die Anti-DP-Politik der Bundesregierung: Die Instrumentalisierung des österreichischen Antisemitismus

Die Forderung nach Entfernung aller DPs aus Österreich wurde von der Bundesregierung und den politischen Parteien mit drei immer wiederkehrenden Argumenten unterstützt: Die DPs stellten eine schwere wirtschaftliche Last, ein Sicherheitsrisiko und eine außenpolitische Belastung für das Land dar. Für die Taktik des Einsatzes unterschwellig antisemitischer Argumente und der Drohung mit dem Antisemitismus der Österreicher sowie mit den damit verbundenen Gefahren für die Alliierten war Innenminister Oskar Helmer verantwortlich. Schon Anfang Februar 1946 erklärte er in aller Offenheit gegenüber alliierten Vertretern, dass die amerikanische Praxis, nicht arbeitenden jüdischen DPs spezielle Unterkünfte und hohe Rationen zukommen zu lassen, während hart arbeitende Österreicher hungerten, der Grund für bittere Ressentiments und für die antisemitische Haltung der Bevölkerung sei. Außerdem erachte Österreich die amerikanische Haltung als direkte Einladung für weitere Flüchtlinge und lehne sie deshalb ab. Bundespräsident Renner betonte bei dieser Gelegenheit, Österreich würde es sicherlich "nicht zulassen, dass eine neue jüdische Gemeinde aus Osteuropa hierher käme und sich hier etablierte, während unsere eigenen Leute Arbeit brauchen."

Die mit antisemitischen Argumenten geführte Propaganda zur Abschiebung aller DPs – nicht nur der jüdischen – erhielt durch die Massenflucht polnischer Juden nach Österreich im Sommer 1946 neuen Zündstoff. Die Stimmung dieser kritischen Zeit spiegelt sich in den Sicherheitsberichten des Innenministeriums wider, die aus taktischen Gründen den Eindruck erweckten, als wäre die Mehrzahl aller DPs in Österreich Juden. "Ausländische Flüchtlinge" waren in den angeführten konkreten Fällen immer jüdische Flüchtlinge. Tatsächlich war ihr Anteil nie höher als zehn Prozent!

Am Höhepunkt des "polnischen Exodus" zeigten die Amerikaner Wirkung: Als ihre DP-Lager überfüllt waren und der Flüchtlingsstrom nicht abriß, versuchten sie, die jüdischen Neuankömmlinge so rasch wie möglich außer Landes bringen, um einerseits Platz für die von ihnen erwarteten weiteren 100.000 Juden zu schaffen, und andererseits den befürchteten antisemitischen Ausschreitungen der österreichischen Bevölkerung vorzubeugen. Dabei waren sie aber nur teilweise erfolgreich. Während die US-Zone in Deutschland etwa 45.000 jüdische DPs aus Österreich übernahm, weigerte sich Italien unter britischem Druck.

Im Frühjahr 1947 revidierten die Amerikaner, nicht zuletzt auch auf österreichischen Druck, ihre bis dato verfolgte Asylpolitik. Im April sperrten sie ihre Lager für die in großer Zahl aus Rumänien eintreffenden jüdischen Flüchtlinge und schlossen sie von jeglicher Betreuung aus. Die Reaktion der Bricha: sie versuchte die polnisch-jüdischen DPs aus der US-Zone nach Deutschland oder nach Italien zu schleusen, um Platz für die rumänischen Juden zu schaffen, die nun aus Wien in die Zone geschmuggelt wurden und die Identität der polnischen Juden übernahmen. Da auch Briten und Franzosen ihre Grenzüberwachung in Österreich verstärkten und sich schon im Sommer 1947 eine Entscheidung in Palästina abzuzeichnen begann, mussten neue Wege gefunden werden, um vor allem junge Zionisten und Zionistinnen zu den illegalen Schiffen in Italien zu schmuggeln. Der spektakulärste Übergang war dann der beschwerliche Weg über den Krimmler Tauern nach Südtirol.

Das Umfeld dieser Fluchtbewegung war nicht gerade ideal: Die Terrortätigkeit der jüdischen Untergrundorganisation "Irgun" mit Sprengstoffanschlägen in Mallnitz und Wien, sowie Hungerdemonstrationen, die sich im Sommer 1947 teilweise zu antisemitischen Ausschreitungen steigerten, trugen zu einer erneuten Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den DPs auf der einen

und den alliierten und österreichischen Behörden auf der anderen Seite bei. Trotzdem versicherten im August 1947 Bundeskanzler Figl und Außenminister Gruber, dass es in Österreich keinen Antisemitismus gäbe. Allerdings stellten die Amerikaner auch noch im Mai 1948 – zum Zeitpunkt der Staatsgründung Israels – in einer ihrer regelmäßigen Umfragen fest, dass Rassismus und Antisemitismus "das Bewusstsein der Österreicher gestärkt durchdrangen".

Zur Instrumentalisierung des Antisemitismus 1945-1948: eine Bilanz

Die jüdischen DPs lebten in Österreich in einem kompliziertes Beziehungsgeflecht zwischen den Besatzungsbehörden, der österreichischen Bundesregierung und Verwaltung, der einheimischen Bevölkerung, nichtjüdischen Flüchtlingen und DPs sowie konkurrierenden und divergierenden Strömungen innerhalb des jüdischen Bevölkerungssegments. Dabei verlief eine innerjüdische Konfliktlinie zwischen den ostjüdischen DPs und den assimilierten österreichischen Überlebenden, die in den Flüchtlingen eine tatsächliche oder vermeintliche Gefahr für die eigene Assimilation sahen. Auch die jüdischen DPs waren nicht die homogene Gruppe, als die sie von den Einheimischen wahrgenommen wurden. Hier verliefen die Konfliktlinien entlang nationaler Grenzen: polnische gegen ungarische und beide vereint gegen die rumänischen Juden.

Anhand der jüdischen DPs wird deutlich, dass in der ersten Nachkriegszeit die österreichische Bevölkerung kein Monopol auf rassistisches und antisemitisches Gedankengut hatte, sondern sowohl die alliierten Befreier als auch die befreiten nichtjüdischen NS-Opfer – vor allem Polen, Ukrainer und Balten – ebenfalls in diesen Kategorien dachten und handelten. Alle Beteiligten instrumentalisierten den österreichischen Antisemitismus für ihre eigenen Zwecke: Die Bundesregierung versuchte mit der Drohung des österreichischen Antisemitismus die Abschiebung aller DPs, die US-Besatzungsbehörden den Transfer "überschüssiger" jüdischer DPs aus ihrer Zone nach Italien und Deutschland zu erreichen, die Briten rechtfertigten mit ihrem Verständnis für die österreichische Bevölkerung ihren eigenen Antisemitismus, während ebenfalls angefeindete nichtjüdische DP-Gruppen durch die Konzentration der Einheimischen auf die jüdischen DPs selbst aus der Schusslinie kamen. Die jüdischen DPs ihrerseits versuchten, mit Hinweis auf die antisemitische Haltung der Bevölkerung bzw. Verwaltung ihnen nicht genehme Maßnahmen österreichischer Behörden bei den Besatzungsmächten rückgängig zu machen, und ab Ende 1946 intervenierten verschiedene jüdische Organisationen bei den beginnenden Staatsvertragsverhandlungen mit Hinweis auf den virulenten österreichischen Antisemitismus bei den Alliierten, um ihre Forderungen nach Rückstellung jüdischen Eigentums und Entschädigung zu untermauern.

Dr. Thomas Albricht ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck.

Thomas Albrich (Hrsg.), Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich nach 1945 (Österreich-Israel-Studien 1), Studienverlag: Innsbruck-Wien 1998, 318 Seiten.

Thomas Albrich/Ronald W. Zweig (eds.), Escape Through Austria. Jewish Refugees and the Austrian Route to Palestine, Frank Cass: London-Portland/Oregon 2002, 135 Seiten.

Literatur: Thomas Albrich, Fremd und jüdisch: Die osteuropäischen Überlebenden des Holocaust – erste Projektionsziele des Nachkriegsantisemitismus, in: Heinz P. Wassermann (Hrsg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945. Forschungsergebnisse und Forschungsperspektiven, Studienverlag Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002, S. 66-95.